

## Vortrag zur politischen Entwicklung in Deutschland und Europa

### I. Deutsche Innenpolitik

Obwohl die Wähler bei der CDU immer noch die größere Wirtschaftskompetenz vermuten, spielt die Wirtschaftspolitik seit mehr als zehn Jahren in den von Frau Merkel geführten Regierungen offensichtlich keine große Rolle mehr. Weder werden der Bevölkerung die Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft nahegebracht, noch ist eine auf die Zukunft ausgerichtete Wirtschaftspolitik sichtbar.

Der wirtschaftliche Wohlstand ist für Bürger in einer Demokratie aber das wichtigste Anliegen nach der Sorge um die äußere und innere Sicherheit. Dem wird die Regierung nicht gerecht. Stattdessen werden die Ausgaben für die Sozialprogramme ohne Rücksicht auf die finanziellen Konsequenzen erhöht und die Wirtschaft überreguliert. Die früheren Reformen (Agenda 2010 und Rente mit 67) werden sogar teilweise zurückgenommen und weitere Belastungen der Wirtschaft aufgebürdet, wie Mindestlohn und Regulierungen bis hin zur Frauenquote. Man hat den Eindruck, dass die Politik von „linken Ideologen“ gemacht wird, die über wenig Lebenserfahrung verfügen und keine Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands empfinden. Die Reformen zur Stärkung der Wirtschaft, die noch 2005 im Wahlkampf der CDU eine große Rolle spielten, zum Beispiel Steuerreform, Verwaltungsvereinfachung, Abbau der Bürokratie und Investitionen in die Infrastruktur, wurden nie verfolgt.

Die Wirtschaftspolitiker der CDU werden von der Partei- und Fraktionsführung ausgegrenzt. Ihre Karriere ist schnell zu Ende, wenn sie wagen, der von der Kanzlerin vorgegebenen Linie zu widersprechen.

Insgesamt gibt es keine Zukunftsplanung – stattdessen Erosion des Fundaments des in der Vergangenheit erarbeiteten Wohlstands.

Auch versteht die jüngere Generation das System „Soziale Marktwirtschaft“ nicht mehr. Hier kommt das Versäumnis der CDU zum Tragen, seit fast 50 Jahren keinen Wirtschaftsminister mehr zu stellen (mit Ausnahme kurzer Episoden von Glos und zu Guttenberg), die mit ihrer Autorität in die Partei hinein wirken könnten.

## II. Europa und der Euro

Der Versuch, mit dem Euro die politische Integration Europas zu fördern, ist nicht nur fehlgeschlagen, sondern hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Noch nie gab es so viele Konflikte in der EU, der Euro bewirkt politische Desintegration statt Integration. Inzwischen ist wissenschaftlich erforscht, dass seit dem Mittelalter keine Währungsunion erfolgreich bestehen konnte, wenn nicht vorher eine gemeinsame Regierung gebildet wurde. Das letzte größere Experiment war die Lateinische Münzunion von 1865, in der sich Frankreich, Belgien, die Schweiz, Italien und später auch Griechenland zusammenschlossen. Griechenland wurde 1908 ausgeschlossen, weil es gegen die Regeln verstößt und heimlich Papiergeld gedruckt hatte! Mitte der 1920er Jahre wurde diese Währungsunion dann mit Schaden für alle Beteiligten aufgelöst.

Wie mir 1991 der Chef des Patronats („BDI-Chef“) in Paris vor Unterzeichnung der Maastricht-Verträge ganz offen versicherte, sei es für eine Währungsunion selbstverständlich zu früh, aber in Frankreich bestehe der Wunsch, Deutschland langfristig an den Defiziten Frankreichs und der anderen Mitglieder der geplanten Währungsunion zu beteiligen!

Wenn die Eurozone auseinanderbricht, was ich innerhalb der nächsten zehn Jahre für wahrscheinlich halte, wird es einen erheblichen Aufwertungsschub für die deutsche Währung geben, die unser wirtschaftliches Erfolgsmodell

nachhaltig schädigen wird, welches vor allem in der Exportkraft liegt. Die Währungsunion ist zudem von einer kontinuierlichen Folge von Vertragsbrüchen gezeichnet. Inzwischen erklären Frankreich und Italien ganz offen, dass sie sich auch in Zukunft nicht an die vereinbarten Maastricht-Kriterien halten werden. Dadurch ist die „Transferunion“ Wirklichkeit geworden, die in den Verträgen ausdrücklich ausgeschlossen war.

Die EZB überschreitet mit der Staats- und sogar Unternehmensfinanzierung eindeutig ihr Mandat. Der von deutscher Seite damals durchgesetzte Status der EZB als unabhängig von der Politik führt ironischerweise dazu, dass Kritik der Politiker einiger Länder an der verfehlten EZB-Politik als Verstoß gegen den Status der EZB kritisiert wird, die ja von den Regierungen unabhängig sein sollte.

Obwohl die Bundesregierung heute im Wesentlichen eine sozialdemokratisch geprägte Politik verfolgt, ist gerade die Niedrigzinspolitik der EZB für die deutschen Bürger äußerst unsozial: Auf die Sparkonten gibt es keine Zinsen mehr, die Altersversorgungen werden brüchig und nur der wohlhabende Bürger erhält durch Investitionen in Substanzvermögen (Aktien, Immobilien) eine Rendite.

Auch in der Politik der EU herrscht der nationale Egoismus vor. Dies wird gerade in der Flüchtlingskrise besonders deutlich. Jeder Staat arbeitet für sich und versucht das Beste herauszuholen, ohne Solidarität mit den anderen Mitgliedern. Außenpolitisch hat die EU keine Stimme, was dazu führt, dass dynamische Politiker, wie zurzeit der russische Präsident Putin, die einzelnen Länder erfolgreich gegeneinander ausspielen. Auch die großen Krisenherde wie die Ukraine oder Syrien können nur mit Hilfe der Großmächte, vor allem den USA, gelöst werden, und dies oft nicht in unserem Sinn. Der Versuch der Verschiebung des NATO-Gebiets nach Osten an die russische Grenze ist vergleichbar mit der Politik der Sowjetunion in den sechziger Jahren, mit der

Aufstellung von Raketen auf Kuba die Vereinigten Staaten zu erpressen.

In der EU ist die demokratische Gewaltenteilung de facto nicht wirksam: Die EU-Kommission macht mit Herrn Juncker an der Spitze Politik, statt sich auf die Verwaltung zu beschränken, was ihre Aufgabe ist. Die Kontrolle im Ministerrat erfolgt durch die Ministerpräsidenten der Mitgliedsländer, die auch der Exekutive angehören. Da das EU-Parlament keine große Rolle spielt, hat die Legislative keine Macht über die Exekutive.

### III. Degeneration der parlamentarischen Demokratie

Lebendige Programmdiskussionen gibt es bei der CDU praktisch nicht mehr. Die Parteitage sind reine Akklamationsveranstaltungen. Auch die Diskussionen im Bundestag werden von den Fraktionsführungen der beiden Regierungsparteien so gesteuert, dass wir de facto eine Aufhebung der im Grundgesetz vorgesehenen Gewaltenteilung haben: Nicht das Parlament kontrolliert die Regierung, sondern die Regierung das Parlament.

Dabei verhält sich die Regierung Merkel autoritär. Die parlamentarische Redefreiheit ist durch die Auswahl der Redner eingeschränkt. Persönliche Entscheidungen der Kanzlerin werden als „alternativlos“ bezeichnet und rücksichtslos durchgesetzt. Auch die bisher standhaften Persönlichkeiten im Kabinett, vor allem die Minister Schäuble und de Maizière, haben offensichtlich resigniert. Beachtlich ist die Rede des Bundespräsidenten zum „Tag des Grundgesetzes“ am 23.5.2016, in der er kritisiert, dass die öffentliche Diskussion durch Politik und Medien im Sinne des mainstreams gesteuert wird und abweichende Meinungen als „populistisch“ bezeichnet werden. Mit der Mehrheitsmeinung der beiden großen Parteien versucht die politische Führung – meist gemeinsam mit den großen Medien – die Deutschen in ihrem Sinn zu „erziehen“ und entmutigt damit die Bürger, ihre vom Grundgesetz ausdrücklich garantierte freie Meinungsäußerung vorzubringen.

Die geplante Absprache mit der Türkei bezüglich der Flüchtlingsproblematik macht deutlich, dass die Regierung die Kontrolle über das Land und seine Grenzen verloren hat und nun auf die Hilfe von eher zweifelhaften Partnern angewiesen ist.

In der Folge verlieren die Bürger das Vertrauen in und das Interesse an der Politik durch die ständigen Vertragsbrüche hinsichtlich der gemeinsamen Währung und die Nichteinhaltung von früheren Versprechungen der Bundesregierung, zum Beispiel Abschaffung des Soli, Verzicht auf Mindestlohn etc..

Die drei großen Fehler von Kanzlerin Merkel – das Management der Energiewende, die inkonsequente Europolitik und das Desaster der Flüchtlingspolitik – zeigen zwar eine gute Absicht, aber wurden ohne Diskussion autoritär und unprofessionell durchgesetzt. Man muss heute sagen, dass diese Regierung dem Land schadet und keinerlei Zukunftsvorsorge betreibt. Dies ist auch verantwortungslos zu Lasten der kommenden Generationen.

Neben der fehlgeleiteten Politik ist aber auch der Ansehensverlust der Politiker und, daraus folgend, die fehlende Anerkennung des demokratischen Systems besorgniserregend.

Warum lassen wir das alles zu? Die „schweigende“, saturierte Mehrheit des Volkes hat kein Interesse an der Politik (mehr). Das schlechte Ansehen der Politiker und die Abneigung gegen den Politikstil führen dazu, dass auch junge, gebildete Menschen, bei denen es vor Jahrzehnten noch drei gleichwertige Alternativen für ihre Berufswahl gab – Wirtschaft, Wissenschaft oder Politik – sich heute nicht mehr für eine politische Karriere interessieren. Dabei werden die demokratischen Freiheiten von der Mehrheit des Volkes gar

nicht vermisst. Man lässt sich vom Links-Mitte-mainstream gern leiten. Hier haben auch die großen Medien, insbesondere das staatsbeeinflusste Fernsehen, eine erhebliche Mitschuld.

Wie kommen wir aus dieser Abwärtsspirale heraus? Wahrscheinlich hilft nur eine neue Generation von jungen Politikern, die sich aber erst Geltung verschaffen wird, wenn die Probleme noch größer werden und die jungen Menschen erkennen, dass wir zurzeit unseren Wohlstand und unsere grundgesetzlich geschützten persönlichen Freiheitsrechte verspielen. Der einzige „Trost“ ist, dass der Zustand der Demokratie in den USA und einigen anderen europäischen Ländern noch besorgniserregender ist.